

Beilage 2713

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag umgehend ein Gesetz vorzulegen, welches die Ersatzansprüche der Fliegergeschädigten regelt, ferner die Entschädigung für diejenigen festlegt, die durch die Besatzungsmacht und DPs zu Schaden kamen.

Begründung

Eine große Zahl von Fliegergeschädigten hat in den Bombenangriffen alles verloren, teilweise nur noch das gerettet, was sie am eigenen Leibe getragen haben, das bisweilen weniger war, als was die Ausgewiesenen aus der Tschechei (Antifaschisten) mitbringen konnten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei jenen, die den Besatzungsmächten oder DPs ihre Häuser bzw. Wohnungen überlassen mußten. Laut Befehl der Besatzungsmächte mußten die Wohnungsinhaber alles, was an beweglichem Inventar vorhanden war, in der Wohnung zurücklassen. Dieses Mobiliar wurde teilweise in alle Winde zerstreut oder gar verkauft, ja sogar Türen und Böden wurden aus den Wohnungen entfernt und verfeuert.

Mit größtem Verständnis für die Not und Sorge unseres Volkes haben die so Geschädigten bisher alles still ertragen. Doch die große wirtschaftliche Not, in der sich die meisten nun befinden, zwingt sie, ihre Rechte geltend zu machen.

München, den 7. Juli 1949

Michel (CSU)

Beilage 2714

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, ein Gesetz vorzulegen, das die Anrechnung eines sogenannten verlorenen Baukostenzuschusses sichert, der eine Wertsteigerung des wiederausgebauten Objektes darstellt, zugunsten desjenigen, der mit eigenen Geldmitteln neuen Wohnraum schafft.

Begründung

Durch die seit einigen Jahren sich ergebende Übung, beim Ausbau von wiederinstandzusetzenden Wohnungen

von Bewerbern einen verlorenen Bauzuschuß zu verlangen, wirkt sich in vielen Fällen sehr unsozial aus und bedeutet zuungunsten des durch die Wohnungsnot gezwungenen Bewerbers eine unsozial anzuprechende Bereicherung des Hausbesitzers.

München, den 17. Mai 1949

Sagn, Hans,

Dietlein, Eder, Guertl, Geld, Kurz, Lau, Schäfer, Thaler, Weiglein, Zehner (sämtliche CSU),
Baur Anton, Endemann, Gräßler, Köll (sämtliche SPD),
Miehling (FPB).

Beilage 2715

Interpellation

Nach dem Bericht des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge waren Ende Juni 1949 in Bayern 348 258 Personen arbeitslos gemeldet. Ihre Zahl ist weiter im Ansteigen begriffen. Bayern steht von allen Ländern des Bundesstaates mit seinem Arbeitslosen mit an der Spitze.

Was gedenkt die Staatsregierung gegen die immer weiter um sich greifende Schließung von Betrieben und von Massenentlassungen zu tun?

Hält sie eine Wirtschaftspolitik für richtig, die ein Millionenheer von Arbeitslosen schafft, in einer Zeit, in der der Bedarf an Konsumgütern aller Art einen neuen Höhepunkt erreicht hat und die Wohnraumnot aller Bevölkerungskreise fast ins Unerträgliche gestiegen ist?

Was ist geschehen, um durch öffentliche Arbeiten und sonstige grundlegende Maßnahmen die Folge dieser tiefgreifenden Wirtschaftskrise zu mildern und ihre weitere Ausbreitung zu verhindern?

München, den 19. Juli 1949

Stoß

und Fraktion (SPD)